



Wanderer

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der oberschlesische Wanderer erscheint werktäglich mittags. — Bezugspreis: durch Boten frei Haus monatlich 2,70 RM (voranzahlbar) einschl. 30 Pfg. Botenlohn, durch die Post 2,70 RM auschl. Befehlsgehalt. — Anzeigenpreise: für Anzeigen aus Oberschlesien die einsp. mm-Seile oder deren Raum 0,10 RM, im Reklameteil 0,40 RM, für Anzeigen von außerhalb die einsp. mm-Seile oder deren Raum 0,15 RM, im Reklameteil 0,50 RM. Umtl. Finanz- und Heilmittelanzeigen aus Oberschlesien 0,20 RM, desgleichen von außerhalb 0,30 RM. Angebots- und Auftragsvermittlung 0,20 RM. Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags, für größere Anzeigen am Tage vorher. Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

übernommen werden, ebensowenig für die richtige Wiedergabe telefonisch aufgegebenen Anzeigen. Beilagengebühr: das Tausend zweifseitig 15 RM, größeren Umfangs das Tausend 20 RM zuzüglich der Sondergebühr für die Postaufgabe. Zeitungsanfragen das Tausend jeweils 5 RM mehr. — Zahlbar sofort, spätestens aber innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum. — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streiks und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Nachlass oder Rückerstattung des Bezugspreises. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Alford oder Konturs fällt lt. Handelsbrauch (Gutachten der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien vom 18. Juli 1913 und 12. August 1926) jeder bewilligte Rabatt fort.
Vossische-Konto: Breslau Nr. 1382 — Telegramme: Wanderer Gleiwitz — Gerichtsstand Gleiwitz — Mitglied des Vereins Oberschlesischer Zeitungsverleger e. V.

Die D. V. P. zur Großen Koalition bereit!

Jedoch nicht ohne Sicherungen

DDP. Berlin, 23. Mai. Da weder eine rein bürgerliche Regierung, wie sie bisher bestand, noch die sogenannte Weimarer Koalition sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen könnten, erörtert man in parlamentarischen Kreisen lebhaft die Möglichkeit der sogenannten Großen Koalition. Wie man von maßgebender volksparteilicher Seite hört, würde diese Partei sich zu Verhandlungen über die Große Koalition bereit erklären, falls die Sozialdemokraten mit einem solchen Vorschlage an sie herantreten. Ob diese Verhandlungen zu einem solchen Erfolge führen, würde von den Sicherungen abhängen, die die Sozialdemokratie der Deutschen Volkspartei zugestehen bereit wäre.

Schiedsprüche im oberschlesischen Bergbau

OSD. Gleiwitz, 23. Mai. Durch die vorige Woche vertagte Schlichterkammer wurden in der Sitzung am Dienstag, den 22. 5., zur Entscheidung der Lohnstreitigkeiten im oberschlesischen Bergbau drei Schiedsprüche gefällt. Der erste Schiedspruch steht im Kohlenbergbau eine Erhöhung von 7 Prozent vor. Der Lohn in den Kotteleranstalten soll in Zukunft dem des Steinhilberbergbaues gleichgestellt werden.

Der zweite Schiedspruch bringt für den Erzbergbau eine Erhöhung von 9 Prozent unter Tage und 12 Prozent über Tage. Nach diesem Schiedspruch würden sich die Löhne der Arbeiter über 20 Jahre von 50 auf 56 Pfennig und unter 20 Jahren von 40 auf 45 Pfennig erhöhen. Für die Arbeiterinnen über 20 Jahre ist eine Erhöhung von 5 Pfennig und unter 20 Jahre eine solche von 3 Pfennig beschlossen. Die Löhne im Erzbergbau unter Tage werden um 9 Prozent erhöht.

Der dritte Schiedspruch für die Gedingearbeiter ändert die Lohnordnung in der Weise, daß die Gedingearbeiter einen Mindestlohn erhalten, der in Zukunft dem des Tariflohnes entsprechen soll, während er bisher 10 Prozent unter diesem lag. Die Bestimmungen für die Gedingearbeiter gelten auch für den Erzbergbau.

Eine Erklärungsfrist für Annahme oder Ablehnung der Schiedsprüche muß bis zum 29. Mai erfolgen. Bei Annahme treten sämtliche Erhöhungen am 1. Juni in Kraft und sind bis zum 31. Mai 1929 un kündbar.

Von Arbeitnehmersseite findet am 27. Mai eine Konferenz statt, in welcher zu den Schiedsprüchen Stellung genommen werden soll. Nach Mitteilung von Arbeitgeberseite sollen die Schiedsprüche von dieser voraussichtlich abgelehnt werden.

Ernentes Anwachsen des Einfuhr- Ueberschusses

Mdb. Berlin, 23. Mai. Der deutsche Außenhandel zeigt im April 1928 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 251 Millionen Mark gegenüber über 208 Millionen Mark im Vormonat.

Im reinen Warenverkehr sind sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr zurückgegangen. Die Einfuhr um 54,6 die Ausfuhr (ohne Reparationsgeschleusen) um 97,9 Millionen Mark. Von einem gewissen Einfluß wird auf diesen Rückgang die Tatsache sein, daß der April nur 23, der März dagegen 27 Werktage hat.

Bei der Einfuhr liegt der Rückgang sowohl bei den Rohstoffen wie bei den Fertigwaren, während die Einfuhr an Lebensmitteln im wesentlichen unverändert geblieben ist. Bemerkenswert ist die außerordentlich hohe Einfuhr von Gold (127,6 Millionen Mark), die bewirkt, daß die Gesamteinfuhr gegenüber dem Vormonat gestiegen ist. Der Rückgang der Ausfuhr betrifft in erster Linie die Fertigwarenausfuhr, in geringem Umfang auch die der Rohstoffe. Die Goldzufuhr stammt zu 75 Prozent aus den Vereinigten Staaten, der Rest in der Hauptsache aus Rußland.

Zu Schiff nach Europa!

WZ. New York, 23. Mai. Nach einer Meldung der AP. Preß wird in den Breitenkreisen nahegelegenen Kreisen erklärt, die Bremenflieger würden am 9. Juni am 9. Juni mit dem Lloyd-Dampfer „Columbus“ in die Heimat abreisen.

Ein liberaler Bloß

dt. Berlin, 23. Mai. Aus Kreisen des linken Flügels der Deutschen Volkspartei erfahren wir, daß man dort die Bildung eines liberalen Bloßes für die Forderung der Stunde halte. Derselbe soll in Form einer Arbeitsgemeinschaft die Deutsche Volkspartei, Demokraten, Wirtschaftspartei und Deutschen Bauernbund umfassen. Die Demokraten würden eine solche Anregung freundlich begrüßen und sofort mitmachen. Bei der Wirtschaftspartei bestehen jedoch schwere Bedenken, ob sie in solchem Bloß den nötigen Einfluß verschaffen könnte. Der allgemeine Eindruck ist jedenfalls der, daß schon in den nächsten Wochen zwischen Deutscher Volkspartei und Demokraten ein sehr enges Verhältnis hergestellt wird.

Barfels wieder Landtagspräsident?

Berlin, 23. Mai. Der neue Preussische Landtag wird, wie das DDP-Büro erfährt, voraussichtlich in der Woche vom 11. bis 16. Juni zusammentreten; als Termin wird der 12. Juni genannt. Ein früherer Termin wird schon deshalb nicht in Frage kommen können, weil die endgültige Festsetzung über die Zusammensetzung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Insbesondere muß abgewartet werden, ob sich bei Doppelmandaten die in Frage kommenden Abgeordneten für die Landesliste oder für den Wahlkreis entscheiden. Erst wenn völlige Klarheit besteht, wird die Staatsregierung

den Termin für die erste Sitzung des Landtages festsetzen können.

Landtagspräsident Barfels ist am Freitag aus Baden-Baden zurückgekehrt; sein Gesundheitszustand hat sich sehr erheblich gebessert. Da die Sozialdemokraten auch im neuen Landtag den Präsidenten stellen werden, bleibt abzuwarten, ob Herr Barfels mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand auch für den neuen Landtag in Frage kommt. Sollte das nicht der Fall sein, so wird die sozialdemokratische Fraktion den Abgeordneten Leinert vorschlagen, der bereits früher einmal Landtagspräsident war.

Die Regierungsbildung

Möglichkeiten und Schwierigkeiten

Gleiwitz, 23. Mai. 489 Abgeordnete werden in den Tagen um den 10. Juni im Wallot-Bau ihren Einzug halten. Der alte Reichstag hatte 493 Mitglieder; die Erwartung, daß sich die Zahl der M. d. R. bei den Neuwahlen steigern würde, ist also nicht in Erfüllung gegangen. Ein Wunder! Denn eine Zusammenrechnung der Stimmen, die auf die mit keinem Mandate beglückten Splitterparteien gefallen sind, erklärt ohne weiteres die auf den ersten Blick überraschende Tatsache, daß auf den 489 M. d. R. ein rundes Duzend Mandate

Deutschlands Fodenhell schlägt Frankreich 2:0

11. Amsterdam, 23. Mai. Das olympische Fodenturnier wurde gestern bei schlechtem Wetter fortgesetzt. Im alten Stadion begegneten sich Deutschland und Frankreich. Der aufgeweckte Boden ließ keine besonderen Leistungen zu. Deutschland blieb mit 2:0 (2:0) erfolgreich. Ein Ergebnis, das besonders für die Franzosen recht ehrenvoll ist. Vorher standen sich im neuen Stadion Indien und die Schweiz gegenüber. Erwartungsgemäß legten die — recht hüftlos spielenden — Indier mit 6:0 (2:0). Sie haben damit im Gesamtergebnis ein Vorverhältnis von 26:0 aufzuweisen.

Politisches Nachspiel zum Hamburger Giftgasunglück?

Die englische Presse fordert Untersuchung durch den Völkerbund — Amtliche Richtigstellungen



Die Unglücksstätte auf dem Gelände der Chemischen Fabrik Stolzenberg in Hamburg. Rechts sieht man das Weiblich-Schuttdach, das bei der Explosion des Laufs fortgeschleudert wurde.

11. Berlin, 23. Mai. In der englischen Presse ist auf das Giftgasunglück bei Hamburg hin die Forderung auf eine Untersuchung durch den Völkerbund gestellt worden. Angeblich soll die Herstellung von Phosgen-Gas durch den Verfallter Vertrag untersagt sein.

Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Herstellung von Phosgen-Gas zu industriellen Zwecken laut Artikel 8 des Kriegsgesetzge-

setzes unter Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums gestattet. Der Handel mit Phosgen-Gas ist völlig freigegeben. Ob ein Verstoß gegen dieses Gesetz vorliegt, muß erst durch die Untersuchung festgestellt werden. Falls dies der Fall sein sollte, so wird eine Bestrafung der Schuldigen erfolgen.

(Weitere Meldungen auf Seite 2)

einfach unter den Tisch gefahren. Gegen diesen Unflug der Splitterparteien energisch vorzugehen, sollte eine der ersten Aufgaben sein, die sich der neue Reichstag stellt. Wird die Beteiligung dieses verrätterischen Schönheitsfleckers, durch den unser Wahlsrecht entstellt und sein Sinn zum Unfug verkehrt wird, wieder auf die lange Bank geschoben, dann kann es nur allzu leicht wieder geschehen, daß die Entscheidung dieser wichtigen Frage hinter den anderen Sorgen der Koalition verschwindet. Und an Sorgen wird es auch der neuen Regierungskoalition, mag sie nun Weimarer oder Große Koalition heißen, nicht fehlen. Die Schwierigkeiten, die der Regierungsbildung entgegenstehen, eröffnen in dieser Hinsicht bereits gewisse Perspektiven.

Überblickt man rückwärtend die politische Entwicklung, die das deutsche Reich als Republik erlebt hat, läßt man die ästhetische Kabuette, die Deutschlands Geschicke seitdem, hievu hasteren, so kann man im großen und ganzen vier Epochen von Sozialisten unterscheiden. In den ersten Jahren der Nachkriegszeit, von 1919 bis zum November 1922 also, hielten sich die Regierungen, von Scheidemann bis Brüning, auf die Weimarer Koalition, an der die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Demokraten beteiligt waren. Nur das Kabinett Hebrich, das ein Jahr am Ruder war, unterbrach diese Periode. Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten stützten das Hebrichsche Kabinett, und dieses Bündnis der Mittelparteien hat in den späteren Jahren auch noch mehrfach die Regierungsbildung ermöglicht. Ein dritter Typ, die Große Koalition, ist in diesen ganzen Jahren häufig bedacht worden. Wirklichkeit wurde sie jedoch bisher nur in den beiden Kabinetten Stresemann. Die Zubereitung der innerpolitischen Räte und Sorgen, die verwickelte Lage der Währung und die durch den Ruhrkrieg heraufbeschworenen Gefahren führten im August 1923 zu der großen Zusammenfassung aller Parteien von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei. Nur drei Monate hat sich diese Regierung der Großen Koalition behauptet und wenn auch ein Teil der Schwierigkeiten, mit der sie zu kämpfen hatte, auf das Konto der damals so überaus verwirrenden Zeitverhältnisse zu schreiben war, so ließ sich doch nicht verkennen, daß auch durch die Zusammenfassung der Koalition an sich schon Spannungsmomente gegeben waren. Die letzte Reichsregierung, die am 28. Januar des vorletzten Jahres gebildet wurde, verfiel, nachdem nur dem ersten Kabinett Brüning bereits schon einmal ein Versuch in dieser Richtung gemacht worden war, einem weiteren Koalitionstyp, den Typ der Weimarer Koalition. Daneben gibt es, wenn man will, noch eine fünfte Regierungsmöglichkeit: Das Gesamtministerium, die Regierung der „bevorzugten Männer“. Ein Gedanke, der bei